

Internationale Freigeistige Rundschau 1/2008

Europa

Europäische Union

I (3784) **Brüssel**. Die Europäische Union hat die Veröffentlichung des Anti-Koran-Films durch den niederländischen Parlamentarier Geert Wilders kritisiert. Der Film verfolge keinen anderen Zweck, als Hass zu schüren, erläuterte die slowenische EU-Präsidentschaft. Redefreiheit müsse mit Respekt für Religionen und andere Überzeugungen gebraucht werden. Nicht durch Gewalt, sondern durch offenen Dialog könne gegenseitiges Verständnis vertieft und gegenseitiger Respekt aufgebaut werden.

Mit ähnlicher Argumentation distanzierte sich auch die niederländische Regierung von dem Parlamentarier, der die neunköpfige Fraktion der von ihm gegründeten „Partei für die Freiheit“ anführt.

Wilders hatte den etwa 15 Minuten langen Film überraschend am Donnerstagabend in niederländischer und in englischer Sprache über die Internetadresse www.liveleak.com öffentlich gemacht. Der Film vermengt Archivaufnahmen etwa von den Anschlägen in New York, Bilder von Muslimen sowie gesprochene Texte aus dem Koran. Auch die von Muslimen weltweit heftig kritisierte Karikatur aus Dänemark, die den Propheten Mohammed mit einem zur Bombe umfunktionierten Turban zeigt, spielt dabei eine Rolle. Der Zeichner protestierte bereits gegen die Verwendung seiner Karikatur in dem Streifen. „Der Film soll die Gefahren zeigen, die von Koran und Islam ausgehen. Mir ging es nicht darum, Unruhen auszulösen“, kommentierte Wilders seinen Film. Journalisten in Jordanien kündigten bereits rechtliche Schritte gegen den rechtspopulistischen Politiker an. (*Agence France Presse*, 28.3.08; *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.3.08)

Deutschland

I (3785) **Düsseldorf**. Im nordrhein-westfälischen Landtag gibt es Zweifel, ob an Schulen Gideon-Bibeln zu Unterrichtszwecken verteilt werden dürfen. Die kirchenpolitische Sprecherin der Grünen, Sigrid Beer, hatte die Landesregierung unter anderem danach gefragt, wie oft „Missionare des Gideonbundes“ Schulen besucht haben, inwieweit die kostenlose Verteilung der Bibeln überwacht und wie der Gebrauch der Bücher im Unterricht bewertet wird.

In ihrer Antwort verwies die Landesregierung unter anderem darauf, dass der Gideonbund von der katholischen und evangelischen Kirche anerkannt wird. Die Bewertung, ob dessen Bibel-Ausgabe für den Unterricht geeignet sei, obliege den einzelnen Schulen. Doch mit dieser Auskunft gibt sich Beer nicht zufrieden. Einzelne Eltern hätten ihre Schüler vom Religionsunterricht abgemeldet, da dort die Gideon-Bibel als Unterrichtswerk verwendet worden sei, sagte sie gegenüber *idea*. Zudem kritisiert sie, dass der Gideonbund den Kreationisten nahe stehe, die meinen, dass die Erde vor rund 5.500 Jahren so von Gott geschaffen wurde, wie es die biblischen Schöpfungsberichte beschreiben. Der Geschäftsführer des Gideonbundes relativierte dies teilweise: „Der Gideonbund vertritt keine theologischen Lehrmeinungen. Es gibt Mitglieder, die dem Kreationismus zuzuordnen sind, aber auch andere, die nicht dazu gehören.“

Der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Nordrhein-Westfalen sieht in der Anfrage eine „Hysterie“ wegen evangelikalem Gedankengut. Er begrüßte

das Engagement der Gideons. Gerade in Regionen, wo Schule und Kirche wenig miteinander zu tun hätten, sei es wichtig, dass sich jemand von Außen für die Vermittlung christlicher Werte engagiere. Beer will jedoch nachhaken. „Wir werden das im Schulausschuss noch einmal thematisieren“. Sie fordere „einen kritischen Umgang“ mit diesen Bibeln. (*idea*, 22.12.07)

I (3786) **Hamburg**. Speziell an unkritische Jugendliche wendet sich der evangelikale Jugendkanal von Bibel TV „[tru:] young television“ (Wahr – junges Fernsehen), der am 26.12.2007 um 16 Uhr gestartet ist. Das Programm soll nach eigenen Angaben „helfen, den Glauben zu stärken“.

Zunächst werden täglich sechs Stunden Programm plus Wiederholungen digital und im Internet gesendet, vor allem Musik, seelsorgerliche und praktische Ratschläge, etwa für die Jobsuche, Dokumentationen, Spielfilme und Talksendungen. Der Kanal soll insbesondere die 15- bis 25-Jährigen erreichen. Geplant ist, dass Zuschauer auch eigene Videos über das Internet beisteuern können, die „möglicherweise“ – d.h. nach vorheriger Kontrolle – im Programm gezeigt werden (www.trutv.de).

Hochrangige Repräsentanten aus Politik und Kirche bekundeten ihr Wohlwollen. Der Erste Bürgermeister Hamburgs, Ole von Beust (CDU), der EKD-Ratsvorsitzende, Bischof Wolfgang Huber (Berlin), und der katholische Weihbischof Hans-Jochen Jaschke (Hamburg) begrüßen, dass ein Fernsehprogramm für Jugendliche ethische Werte vermittele und ihre religiösen Fragen aufnehme. Bibel TV, der erste fundamentalistisch-christliche Fernsehsender Deutschlands, besteht seit fünf Jahren. Er wird über Satellit und Kabel verbreitet. Nach eigenen Schätzungen der Betreiber schalten täglich 350.000 Personen ein, davon sei ein gutes Drittel zwischen 10 und 29 Jahren alt. Der Sender finanziert sich zum größten Teil aus Spenden seiner Zuschauer. In diesem Jahr rechnet er mit rund drei Millionen Euro Spendeneinnahmen bei einem Gesamtetat von 4,4 Millionen Euro. 2008 soll der Etat auf 5,4 Millionen Euro steigen. Zum Programm von Bibel TV gehört auch das Nachrichtenmagazin *ideaFernsehen* des gleichnamigen evangelikalen Medienkonzerns. (*idea*, 26.12.07)

I (3787) **Köln**. Der Präsident des deutschen Caritasverbands, Peter Neher, hat dem hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch „populistische Dampfplauderei“ vorgeworfen. In einem Interview mit dem Kölner „Domradio“ sagte Neher, mit der Forderung nach einem „Anstandskatalog“ und einer Verschärfung des Jugendstrafrechts unterstelle der hessische Ministerpräsident Roland Koch ein Rechtsstaatsdefizit. In Wahrheit handle es sich aber um ein Defizit an Integration und Zukunftsperspektiven. Kochs Appelle an Einheimische und Ausländer, mehr Respekt vor traditionellen Sitten und Werten zu zeigen, seien daher „populistische Dampfplaudereien“. Auch Kochs Forderung „lieber drei Tage Gefängnis als eine lebenslange kriminelle Karriere“ weist Neher zurück: „Alle, die mit jungen Menschen im Jugendstrafvollzug zusammen arbeiten wissen, dass gerade der Gefängnisaufenthalt oft eine kriminelle Karriere eher befördert als dass er sie verhindert.“ Oberstes Ziel müsse daher die Resozialisierung sein. (*domradio* Köln, 4.1.08)

Anm. *MIZ*-Red.: Diese Stellungnahme des Caritaspräsidenten beweist, dass es mitunter weit schlimmere Standpunkte gibt als die von engagierten Christen. Sie ist aber nicht deshalb so vernünftig, weil er als Christ gesprochen hat, sondern weil er die Wirklichkeit genau so rational und diesseitsbezogen analysiert hat, wie dies für einen säkular denkenden Menschen ohnehin selbstverständlich wäre.

I (3788) **München**. Anlässlich des 100. Geburtstags der ältesten katholischen deutschen Kirchenzeitung wurde bekannt, dass die verkaufte Gesamtauflage der 27 Ausgaben in den deutschen Diözesen nur noch 875.000 Exemplare erreicht. Seit Jahren sinke die Auflage der Kirchenzeitungen analog zum Rückgang der Gottesdienstbesucher. Obwohl damit auf 100 Katholiken nur drei verkaufte Kirchenzeitungen kommen, wollen die Bischöfe weiterhin in jeder Diözese ihr eigenes Blättchen herausbringen. (*br-online*, 11.1.08)

I (3789) **Wiesbaden/Hannover**. Nur dank der Stimmen der Konfessionslosen konnte die Partei *Die Linke*. In Hessen und Niedersachsen die Fünf-Prozent-Hürde überwinden. In Hessen erhielt die Partei gut zehn Prozent in dieser Gruppe, in Niedersachsen sogar 13. Hätten nur Protestanten und Katholiken gewählt, läge die Partei bei drei bzw. 4,5 Prozent.

Weitere Nutznießer der kirchlich nicht Gebundenen waren die Grünen, die in Hessen ebenfalls zehn und in Niedersachsen zwölf Prozent von dieser Gruppe erhielten. Dagegen stützt sich die CDU auf die Katholiken, die ihr in Hessen zu 50 und in Niedersachsen zu 57 Prozent die Stimme gaben. Bei den Protestanten votierten nur 34 bzw. 42 Prozent für die Union, unter den Konfessionslosen fiel sie auf 26 bzw. 28 Prozent. Die SPD lag bei den Konfessionslosen fast genau im Durchschnitt (36 Prozent in Hessen und 30 in Niedersachsen), lag aber bei den Protestanten deutlich darüber (41 bzw. 34 Prozent) und bei den Katholiken mit 29 bzw. 20 Prozent ebenso deutlich darunter. (*MIZ*-Eigenmeldung auf Basis der Befragung der Forschungsgruppe Wahlen am Wahltag; *idea*, 28.1.08)

I (3790) **Berlin**. Ein kritischer Dokumentarfilm über missionarische Aktivitäten bei der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 wurde während den Filmfestspielen „Berlinale“ vorgestellt. Der Streifen „Jesus liebt dich – Evangelikale auf WM-Mission“ zeigt die Indoktrinationsmethoden religiöser Fanatiker.

Wie es in einer Pressemitteilung des Filmfestivals heißt, beobachtet der Film „fundamentalistische Christen aus den USA, Afrika und Europa“ während der WM in Deutschland. „Ihre Waffe ist nicht Sprengstoff, sondern Mission“, heißt es zur Erläuterung. Neben Sportmissionaren aus den USA und Kenia stellt der Film die charismatische Organisation „Jugend mit einer Mission“ in den Mittelpunkt. Von ihrer deutschen Zentrale im bayerischen Schloss Hurlach aus seien 10.000 Christen ausgeschwärmt, „um die Bundesrepublik und ihre Sommergäste zu bekehren“. Der Film rege zum Nachdenken „über die erschreckenden Konsequenzen von religiösem Fundamentalismus“ an. Er stelle die Evangelikalen als „ernst zu nehmende Bedrohung für rationale Aufklärung und demokratische Werte“ dar. Er gebe ferner einen Einblick, warum sich immer mehr Menschen solchen Gruppierungen anschließen.

Nicht erwähnt wurde in den Mitteilungen die Initiative „kickoff 2006“, bei denen die WM-Spiele an rund 1.200 Treffs übertragen wurden. Die von über 60 christlichen Organisationen und Kirchen getragene evangelikale Initiative wollte das Großereignis auch evangelistisch nutzen. Ebenfalls nur am Rande wurde erwähnt, dass die ganzen Anstrengungen im Fahrwasser der Fußball-WM ein äußerst bescheidenes Ergebnis hatte, das kaum messbar blieb. Dies dürfe, so die Kritiker auf der Berlinale, aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Gruppe der Religionsfanatiker weltweit kontinuierlich wachse. (*idea*, 27.12.07; Presseerklärungen der Berlinale vom 23.12.07 und 5.2.08)

I (3791) **Kappeln**. Ein 46jähriger Kneipenbesitzer aus Kappeln will eine Kirche gründen, in der Rauchen ein religiöser Akt ist. Der so genannten „Jüdisch-

Christlichen Kirche der Mausianer“ seien bereits 600 Mitglieder beigetreten, so der Gründer Dirk Bruckner. Er stelle sich Betstunden in kommunikativer Form und lockere Diskussionsrunden statt Gottesdiensten vor, in denen statt Weihrauch Zigaretten verbrannt werden. Die Staatskanzlei in Kiel hat seinen Antrag bereits abgelehnt, ein Berufungsschreiben ist jedoch schon in Arbeit. (*Financial Times Deutschland*, 2.2.08)

I (3792) **Hamburg**. Auch Kirchen dürfen Bewerber nicht immer aus religiösen Gründen abweisen. Mit diesem Urteil gab das Arbeitsgericht Hamburg einer deutschen Muslima türkischer Herkunft recht. Die Frau hatte gegen den Landesverband der Diakonie der Nordelbischen Evangelisch-lutherischen Kirche geklagt, weil sie bei der Bewerbung um eine Stelle als Sozialpädagogin im Bereich der Integration von Migranten benachteiligt worden war. Auf Nachfrage des Arbeitgebers hatte sie sich als Muslimin bezeichnet, die ihre Religion jedoch nicht praktiziere. Dem Urteil des Gerichts zufolge muss die Kirche der Frau jetzt eine Entschädigung zahlen. Wie das Gericht urteilte, gelte das Selbstbestimmungsrecht der Kirche nur in „verkündigungsnahen“ Berufen, in „verkündigungsfernen“ gelte hingegen das Gleichstellungsgesetz. Die Diakonie will gegen das Urteil in Berufung gehen.

(*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 6.2.08; *welt online*, 5.2.08)

I (3793) **Freising**. Angehende Priester sollen einen neuen Einführungskurs besuchen, um „das nötige theologische Grundwissen sicherzustellen“. Dazu berieten Bayerns Bischöfe bei ihrer zweitägigen Frühjahrsvollversammlung in Freising über einen entsprechenden Lehrplan beraten. Das so genannte Propädeutikum soll bei Priesterkandidaten „den Glauben vertiefen“ und sie in das geistliche Leben einführen. Die Kirchenfürsten stützen sich dabei auf einen Vorschlag des jetzigen Papstes, der in den siebziger Jahren selbst einmal Münchner Erzbischof war und seine Pappenheimer wohl kennt. Ob neben der „Glaubens-Nachhilfe“ (so das Ordinariat wörtlich) auch ein Verhaltenskodex und Benimmregeln gegenüber Kindern, Jugendlichen und Frauen gelehrt werden, blieb offen. (Pressemitteilung des Erzbischöflichen Ordinariats München und Freising, 27.2. u.1.3.08)

Anm. MIZ-Red.: Im März 2007 wurde der Leiter des Priesterseminars in Münster, Andreas Tapken, in der *tz* München wörtlich so zitiert: „Man wundert sich schon, wer alles Priester werden will. Manche, die waren gerade beim Arbeitsamt, haben da nichts gekriegt und kommen dann zu uns.“ Da derartige Probleme nicht neu sind, wundern *wir* uns allerdings, warum man solchen Bewerbern bisher nicht auch hinsichtlich ihres Verhaltens gegenüber Kindern genauer auf die Finger gesehen hat.

I (3794) **Augsburg**. Das Bundeskartellamt hat Weltbild und Hugendubel grünes Licht für die Übernahme der Karstadt-Buchabteilungen gegeben. Wie die Augsburger katholische Verlagsgruppe und der Münchner Buchhändler am Mittwoch mitteilten, werden sie ab 1. Juli mit der Kooperation starten. Geplant sind den Angaben zufolge zwei Formate: Hugendubel will sich mit seinem gehobenen Fachhandelskonzept in den Top-Karstadt-Häusern mit bis zu 700 Quadratmeter großen Buchhandlungen präsentieren. *Weltbild* bietet Bücher auf Flächen bis zu 400 Quadratmetern in der Mehrzahl der übernommenen Buchabteilungen. An 44 Standorten des Warenhauses sollen Buchshops entstehen. Zu diesem Zweck hatten die beiden Unternehmen die DBH Warenhaus Medienvertriebs GmbH & Co. KG gegründet. 14 deutsche Bistümer sowie das katholische Militärbischofsamt Berlin halten die Anteile am Weltbild-Konzern, der bei einem Jahresumsatz von 1,5 Milliarden Euro einen ausgewiesenen Reingewinn von gut 100 Millionen Euro macht. (*KNA*, 26.3.08)

Anm. MIZ-Red.: Der größte Teil des Gewinns bleibt indes versteckt, denn die Bistümer reinvestieren – laut Angaben eines verständlicherweise nicht genannt sein wollenden Insiders – ihre steuerfreien Gewinne in Form von relativ teuren Krediten in das Unternehmen, das durch diese relativ hohen Schuldzinsen seinen zu versteuernden Gewinn beträchtlich reduzieren kann, während die immer höheren Erträge der Diözesen (die übrigens in den Haushaltsrechnungen nicht auftauchen, weil sie den Vermögensrücklagen zugeordnet werden) natürlich steuerfrei bleiben. Dieses Verfahren, das die absolute Steuerfreiheit der Kirchen ausnutzt, ist nicht illegal, moralisch aber nicht besser zu bewerten als die Liechtenstein-Transfers all Jener, die nicht den Vorzug absoluter Steuerbefreiung genießen.

I (3795) **Hannover**. Nach der erst jetzt herausgegebenen Jahresstatistik 2006 hat die evangelische Kirche binnen zwölf Monaten 285.000 Mitglieder verloren und wies zum Jahresende exakt 25,1 Millionen Mitglieder aus. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung fiel damit um 0,3 auf 30,5 Prozentpunkte. Dies bedeutet, dass die evangelische Kirche voraussichtlich noch 2008 unter die 30-Prozent-Marke rutschen wird.

Besonders bemerkenswert ist das dramatisch gestiegene Durchschnittsalter der Protestanten. Während von 100 Neugeborenen nur noch 28 evangelisch getauft werden, gehören von 100 Verstorbenen 38 dieser Kirche an. Daher verlor die EKD allein 125.000 Mitglieder durch diesen Generationenwechsel, während die Differenz zwischen den nur geringfügig gestiegenen Kirchaustritten (rund 121.000) und den Einritten (knapp 40.000) nur bei 81.000 lag. Der restliche Schwund von etwa 79.000 ist auf den Überhang bei den Auswanderungen zurückzuführen: Obwohl insgesamt etwas mehr Menschen einwandern, ziehen unter den Katholiken und Protestanten mehr ins Ausland. (MIZ-Eigenmeldung, 28.3.08)

I (3796) **Duisburg/Frankfurt**. Obwohl die Statuten des DFB eine religiöse Parteinahme ausschließt, unterstützt der Fußball-Bundesligist MSV Duisburg Aktivitäten der katholischen Aktion „Adveniat“ und der Mutter-Teresa-Schwestern in Mittelamerika. Der Verein beschloss eine Sammlung im Stadion beim Heimspiel gegen Energie Cottbus am 5. April. (Pressemitteilung des Vereins vom 26.3.08) Anders entschied sich der Bundesligist Eintracht Frankfurt, der zum Bedauern der Kirchen ein Kreuz auf den Trikots seiner Spieler ablehnte, weil dies eine unzulässige religiöse Werbung sei. (Augsburger Allgemeine, 20.3.08)

Anm. MIZ-Red.: An sich ist eine Sammlung für Hilfsprojekte selbst dann nichts Schlechtes, wenn sich diese später als nicht hilfreich für den Aufbau einer funktionierenden Infrastruktur erweisen. Denn hier zählt der gute Wille. Aber es hätte eine Fülle von konfessionsunabhängigen Hilfseinrichtungen gegeben, die der Verein ebenso hätte unterstützen können. Eigentlich müsste er nun gegenüber dem DFB begründen, warum er sich für eine religiöse Ausrichtung entschieden hat. Doch der Verband würde wohl auch hier seine eigene Satzung ignorieren, nimmt er doch bei Welt- und Europameisterschaften regelmäßig Pfarrer als Begleitung mit.

I (3797) **Kassel**. Die „Vertröstung des modernen Menschen auf das Diesseits“ mache krank, behauptet der katholische Theologe und Religionssoziologe Paul Zulehner überzeugt. Wer den „Himmel auf Erden“ in den vielleicht 80 Jahren seiner irdischen Existenz erzwingen wolle, überfordere sich, sagte der Wiener Professor auf einem Kongress in Kassel. Die Folge seien Depressionen und Angsterkrankungen. Wer seinen Lebenssinn allein in seiner irdischen Existenz sehe, für den werde jeder andere Mensch zum Konkurrenten. Laut Zulehner ist „die moderne Gottesentfremdung die letzte Quelle der Krankheit“. Wer von der Quelle des Lebens, nämlich Gott, abgeschnitten sei, werde krank. Geistige Heilung sei der Versuch, den

Menschen zurück an die Quelle zu bringen. Die christlichen Gemeinden seien gefragt, entsprechende Angebote bereitzuhalten. Er sehne sich nach christlichen Gemeinschaften, in denen Menschen so eng mit Christus verbunden seien, „dass alles, was sie sind und leben, heilsam ist“. In solchen Gemeinschaften werde Jesus Christus als die „Ur-Arznei“ erfahren. Zulehner plädierte ferner für einen Dialog mit Esoterikern, die sich ebenfalls mit Heilung befassen. Sie verträten die Auffassung, dass beim „Channeling“ die Durchlässigkeit für Gott entscheidend sei. Nicht der Heiler heile, sondern er verstehe sich als Instrument. Mit dieser Auffassung seien Esoteriker „ganz nah dran an der katholischen Theologie“. (*idea*, 30.3.08)

Anm. MIZ-Red.: In einem ist Zulehner Recht zu geben: Seine Auffassung und die vieler ähnlich argumentierender Theologen sind „ganz nah dran“ an den Vorstellungen der Esoteriker. Nur begeht er einen Fehler: Er schließt von den Ängsten und Bedürfnissen der überzeugten Christen auf die der Religionsfernen, von denen er als Kirchenmann naturgemäß keine Ahnung hat. Tatsächlich hätten viele Gläubige Depressionen, wenn sie nicht ein höheres Wesen als letzten Strohalm hätten – darum sind sie ja gläubig. Allerdings wiesen schon vor längerem christliche Psychiater wie Prof. Günther von der Evangelischen Lebensmüdenbetreuung Berlin oder auch die Katholische Sozialethische Arbeitsstelle Hamm e.V. auf den Umstand hin, dass die „ekklesiogene Neurose“ eine der am weitesten verbreiteten Formen psychischer Störungen ist. Die Religion pauschal zur „Arznei“ hochzujubeln ist demnach geradezu fahrlässig.

Großbritannien

I (3798) **London**. Eine atheistische Weihnachtskarte hat bei Christen in Großbritannien großen Unmut erregt. Die Karte mit der Aufschrift „Herbei, o ihr Ungläubigen“ wurde in den Läden der Buchhandelskette Borders kostenlos an Käufer des Bestsellers „Der Gotteswahn“ des Evolutionsbiologen Richard Dawkins abgegeben.

Einige Christen reagierten darauf humorlos, denn die Aufschrift bezieht sich auf das Weihnachtslied „Herbei, o ihr Gläubigen“. Der Generalsekretär des britischen Baptistenbundes, Jonathan Edwards (Didcot), nannte die Aktion „krass“. Der theologische Referent der Evangelischen Allianz in Großbritannien, Justin Thacker (London), sagte, viele Christen müssten sich durch diese Verunglimpfung des Christfestes beleidigt fühlen. Die Buchhandelskette hätte es wahrscheinlich nicht gewagt, ein Fest einer anderen Religion durch den Kakao zu ziehen. Thacker drohte: „Borders macht einen strategischen Fehler; Christen werden die Läden boykottieren.“ Borders mit Hauptsitz in Ann Arbor (US-Bundesstaat Michigan) ist eine Kette von weltweit rund 1.200 Buchläden; 30 befinden sich in Großbritannien. (*idea*, 22.12.07)

Italien

I (3799) **Rom**. Viel spricht dafür, dass der Vatikan am Scheitern Regierung Prodi mit beteiligt war. „Unvermeidlich“ nannte der einflussreiche Kurienkardinal José Saraiva Martins in der linksliberalen Tageszeitung „La Repubblica“ das Ende der Mitte-Links-Regierung. Es habe „am Willen zum Dialog“ mit der katholischen Kirche gefehlt, und die „katholischen Werte“ wie Familie, Erziehung und Schutz des Lebens seien zu wenig beachtet worden. Der geplatzte Besuch Benedikts XVI. an der römischen Universität „La Sapienza“ habe schließlich das Fass zum Überlaufen gebracht. Die Politiker aller Parteien müssten jetzt konstruktiv zusammen arbeiten und „an die

wahren Bedürfnisse der Menschen denken“, so der Präfekt der Heiligsprechungskongregation.

Eine kleine katholische Splitterpartei, die in engem Kontakt zum Vatikan steht, hatte die Koalition verlassen und damit den Sturz der Regierung Prodi bewirkt. Der katholische Nachrichtendienst SIR beklagte die Instabilität des politischen Systems und gab gleich die künftige Marschrichtung vor. Ein mehrheitsfähiges Wahlsystem sei der einzige Weg aus der Krise. Die Parteien müssten sich gegenseitig anerkennen und bräuchten eine solide (natürlich katholische) Wertebasis. (*La Repubblica*, 25.1.08; *SIR*, 25.1.08)

Luxemburg

I (3800) **Luxemburg-Stadt**. Der Kleinstaat im Herzen Europas legalisiert die aktive Sterbehilfe nach belgischem Vorbild. Voraussetzung ist, dass ein „unheilbar kranker und unerträglich leidender Patient freiwillig, überlegt und wiederholt schriftlich“ den Willen zur Beendigung seines Lebens bekundet. Ärzte sind nach dem Gesetz verpflichtet, mit dem Patienten mehrere Gespräche über seine Entscheidung zu führen und einen anderen Arzt zur Beratung hinzuzuziehen. Am 19. Februar verabschiedete die Abgeordnetenkammer einen entsprechenden Gesetzesentwurf in zweiter Lesung mit 30 zu 26 Stimmen bei 3 Enthaltungen. In dritter Lesung ging die Vorlage sogar mit 36 zu 30 Stimmen durch. Der Staatsrat des Großherzogtums muss noch die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes prüfen, bevor es in Kraft treten kann. Die katholische Kirche zeigt sich „entsetzt“. Der Generalvikar der Erzdiözese Luxemburg, Mathias Schiltz meinte: „Wir haben lange dagegen gekämpft. Der Erzbischof hat sich öffentlich gegen diesen Gesetzesentwurf ausgesprochen, katholische Ärzte, Fachleute und Moraltheologen – alles umsonst. Die öffentliche Meinung zum Thema Sterbehilfe hat einen Umschwung genommen, sie ist auch manipuliert worden. Laut jüngster Umfrage treten 78 Prozent der Luxemburger für aktive Sterbehilfe ein. Da müssen wir eingestehen, dass das christliche Menschenbild, das unser Land lang bestimmt hat, offenbar schwindet. Wir müssen alles tun, die Gewissen der Menschen neu zu erziehen - die Gewissen der Kranken, der Ärzte, der Familienangehörigen.“

Mehr noch als die Ablehnung schockierte die säkularen Kräfte, mit welcher Selbstverständlichkeit die katholische Kirche in dem Kleinstaat bestimmen will, was ethisch korrekt ist und was nicht. In Luxemburg sind zwar 90 Prozent der 476.000 Einwohner katholisch getauft, aber nur die Hälfte praktiziert den Glauben wenigstens oberflächlich. (*Radio Vatikan*, 25.2.08; *Humanes Leben, Humanes Sterben*, Zeitschrift der DGHS, 2/08)

Österreich

I (3801) **Wien**. Die Zahl der Kirchenaustritte in Österreich ist im Vorjahr auf dem Niveau von 2006 geblieben. Die Diözesen verzeichneten 2007 insgesamt knapp 37.000 Kirchenaustritte. Auch die Zahl der Wiedereintritte und Neueintritte von bisher nicht getauften Erwachsenen blieb mit 4.800 konstant. Unter den Immigranten verzeichnen die Behörden weiterhin viele Katholiken, vor allem aus Osteuropa, Südasien und Afrika. Die Zahl der Katholiken wird in Österreich derzeit auf 5,6 Millionen geschätzt, was fast genau zwei Dritteln der Bevölkerung entspricht. (*Die Presse*, 8.1.08)

Polen

I (3802) **Warschau**. Der Streit zwischen Regierung und katholischer Kirche über künstliche Befruchtung geht weiter. Trotz scharfer Proteste der Bischöfe beharrt Gesundheitsministerin Ewa Kopacz darauf, Frauen künftig die künstliche Befruchtung mit öffentlichen Geldern zu bezahlen. Sie wolle zwar keinen Krieg mit der Kirche, gebe ihren Plan aber nicht auf, sagte die Ministerin. Mehrere Bischöfe hatten in ihren Weihnachtspredigten künstliche Befruchtung für unzulässig erklärt. Künstliche Befruchtung ist in Polen bisher nicht gesetzlich geregelt und daher erlaubt. Der Streit darüber ist der bisher größte Konflikt zwischen der Kirche und der seit November amtierenden liberal-konservativen Regierung. (KNA, 2.1.08)

I (3803) **Krakau**. Die Zahl der Priester und Ordensangehörigen geht in dem traditionell katholischen Land besonders stark zurück. Seit 2006 ist nach der neuesten Statistik die Zahl der neu beginnenden Priesteramts-Kandidaten um fast ein Viertel gesunken, insgesamt um ein Zehntel. Nach der Wahl Karol Wojtylas zum Papst im Jahr 1978 war die Zahl der Berufungen im damals noch kommunistisch beherrschten Polen auf das Doppelte hochgeschwollen; der Zenit lag in der Mitte der achtziger Jahre. (Mitteilung der polnischen Bischofskonferenz, 16.2.08)

Schweden

I (3804) **Stockholm**. Der schwedische Hochschulminister Leijonborg will künftig auch die Ausbildung der muslimischen Imame vom Staat finanziert wissen. Der Grund: Schon seit jeher werden die christlichen Pfarrer auf Staatskosten ausgebildet, sodass die Verweigerung der Gleichstellung „ungerecht“ sei. Tatsächlich sind bisher auch liberale Imame aus Geldmangel oft gezwungen, auf kostenlose Lehrangebote extremer Saudis zurückzugreifen. (Focus, 11.2.08)

Spanien

I (3805) **Madrid**. Der katholische Klerus hat den Kulturkampf in Spanien verloren. Der säkulare Ministerpräsident Zapatero verbesserte das Ergebnis seiner Partei bei den Parlamentswahlen auf 45 % und liegt mit 269 Mandaten (+6) nur noch knapp unter der absoluten Mehrheit.

Während ihm der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Kardinal Varela, nach der Wahl gratulierte, hatte ihn der Klerus zuvor monatelang erbittert bekämpft und die sozialistische Partei als unwählbar bezeichnet. (reuters, 9.3.08)

Schon direkt nach Weihnachten hatten über hunderttausend Menschen im Zentrum von Madrid für die christliche Vorstellung von Ehe und Familie demonstriert. (Nach Angaben der Veranstalter waren es sogar anderthalb Millionen Menschen, aber das korrigierte sogar Radio Vatikan.) Dabei kritisierten mehrere Bischöfe in scharfen Worten die Linksregierung unter Ministerpräsident Joseluis Zapatero: Sie untergrabe mit ihrer „radikal laizistischen“ Politik die Fundamente der Gesellschaft. Auch der Papst wandte sich von Rom aus in einer Video-Botschaft an die Teilnehmer und rief zum Schutz von Ehe und Familie auf. Der Generalsekretär der sozialistischen Partei, José Blanco, warf den Bischöfen Lügen vor. Auch ein katholischer Laienverband hat sich von den Worten der Bischöfe distanziert. Die Tageszeitung „El Pais“ sprach auf ihrer Titelseite von einem „heftigen Angriff auf die Regierung“. Ein Kommentar der Zeitung trug die Überschrift: „Die Bischöfe im Wahlkampf“; die Angriffe auf Zapatero hätten das Familien-Event von Madrid „zu einer Wahlkundgebung gemacht“. (El Pais, 31.12.07)

Am 4.1.08 kommentierte sogar *Radio Vatikan* ungekürzt: *Im aktuellen Wahlkampf in Spanien bezieht die katholischen Kirchen klar Stellung gegen die regierenden Sozialisten. Mit aggressivem Ton kritisierte der als erzkonservativ geltenden*

spanische Klerus die Politik der regierenden sozialistischen Partei Spaniens. Mit einer Reihe von Massenkundgebungen protestierte der Klerus gegen die Ehe- und Familienpolitik der Regierung. Im Mittelpunkt der Kritik standen nahezu alle gesellschaftspolitischen Projekte der Regierung: die Homo-Ehe, die Staatsbürgerkunde und das Konzept der „Express-Scheidung“. Bislang reagierte die amtierende Regierung gelassen auf die zunehmende Kritik der konservativen Theologen. Die Regierung bemühte sich, möglichen Konfrontationen, wie im Fall des in die Kritik geratenen Bischofs Bernardo Alvarez (Der Standard, 30.12.07), aus dem Weg zu gehen. Nun scheint die Geduld jedoch aufgezehrt zu sein. Man sehe in dem Aktionismus der sogenannten „Theo-Kons“ (T-online.de/dpa, 3.1.08) den Geist der Franco-Diktatur wiederbelebt. „An der Hand der Kirchenhierarchie und der reaktionärsten Rechten ist der Nationalkatholizismus in den Wahlkampf eingetreten“, so Justizminister Mariano Fernández Bermejo. Soweit das Zitat, das hier wirklich keine Ergänzung mehr braucht.

Kurz danach protestierten katholische Lebensschützer vor Krankenhäusern. Der Vorsitzende der „Vereinigung Christlicher Ärzte in Katalonien“ sagte, Abtreibung sei „ein Akt der Gewalt im frühesten Lebensstadium, der die Mentalität der ganzen Gesellschaft beeinflusst“. Gleichzeitig beklagte er die steigende Zahl der Abtreibungen, die in Spanien 2006 nach offiziellen Angaben bei über 100.000 lag. Zapatero bekräftigte unterdessen seinen Dissens mit dem Ansichten des katholischen Lagers: „Niemand kann Glauben, Moral oder Bräuche für verbindlich erklären. Nur der Respekt vor dem Gesetz zählt. Dieser ist die DNA der Demokratie“. Drei Tage später traten 30 spanische Privatkliniken in einen Abtreibungsstreik, um gegen Drangsalierungen durch Lebensschützer und Behörden zu protestieren. In Barcelona und Madrid sind vier Kliniken geschlossen, nachdem die Polizei in der katalanischen Hauptstadt mehrere Ärzte unter dem Vorwurf illegaler Abtreibungen festgenommen hat – was sich später als haltlos herausstellte. (*Corriere Della Sera*, 8.1.08; *El Pais*, 8.1.08)

Wieder eine Woche später bekämpften die Bischöfe das neue Schulfach „Staatsbürgerkunde“, das die sozialistische Regierung eingeführt hatte. Kardinal Antonio Cañizares von Toledo sprach dem Staat auf einer Tagung das Recht ab, ein säkulares Schulfach einzuführen: „Der Staat will ein Menschenbild vermitteln, in dem Gott nicht zählt – inspiriert vom radikalen Laizismus.“ Dagegen müssten sich die Christen wehren, so der Vize-Präsident der Spanischen Bischofskonferenz. Der Staat habe kein Recht, sich in die Entscheidung der Eltern „einzumischen, welche moralische und religiöse Erziehung sie für ihre Kinder wünschen“. Sogar *Radio Vatikan* monierte indes, dass der Kardinal einen Teil der Wahrheit verschwieg: Alle Eltern, die dies wollen, haben die Möglichkeit zum Religionsunterricht. (*Radio Vatikan*, 13.1.08)

Schließlich riefen die Bischöfe offen zur Abwahl der Regierung Zapatero auf. Alle Regierungsprogramme seien zu boykottieren, die „mit dem Glauben und den Bedingungen des christlichen Lebens nicht vereinbar sind“. In einem 10-Punkte Programm stellen sie klar, welche Werte die Regierungspartei vertreten sollte. Darunter finden sich unter anderem das Einstehen für die traditionelle Familie, der Widerstand gegen die Euthanasie und die gesetzliche Erschwerung von Scheidung und Abtreibung. Zapatero reagierte laut Medienberichten gelassen. Gemeinsam mit der Volkspartei hätten die Bischöfe während der gesamten Legislaturperiode stets ihren Widerstand gegen die Maßnahmen bekundet, die vom Parlament gebilligt wurden. (*Corriere Della Sera*, 1.2.08)

Türkei

I (3806) **Ankara**. Zehntausende Türken haben schon bei der bloßen Ankündigung gegen die Abschaffung des Kopftuchverbots protestiert. Die Regierung plant die Aufhebung zumindest an den Hochschulen des Landes. Unter den Demonstrierenden, die Schilder mit Aufschriften wie „Die Türkei ist nicht der Iran“ trugen, waren auch zahlreiche Frauengruppen. Das Kopftuchverbot gilt der laizistischen Opposition als ein Symbol für die von Republikgründer Mustafa Kemal Atatürk verfügte Trennung von Staat und Religion in der Türkei. Die islamisch-konservative türkische Regierungspartei AKP hatte am 29. Januar eine Vorlage zur Abschaffung des Kopftuchverbots im Parlament eingebracht. Dieser Schritt gehört zu den politischen Versprechen der seit mehr als fünf Jahren regierenden AKP. Führende Politiker der Partei argumentieren, dass das Tragen des streng islamisch gebundenen Kopftuchs zu den Grundrechten gehöre. Kritiker bemängelten jedoch, dass es auch kein Gesetz gebe, das den Druck oder Zwang männlicher Familienmitglieder zum Tragen einer Kopfbedeckung unter Strafe stelle. (afp/ap, 29.1.08)

Anm. MIZ-Red.: Christen, die sich darüber mokieren, sei folgende Passage aus dem 1. Korintherbrief 11,5 ihres Religionsgründers Paulus in Erinnerung gerufen.: „Ein Weib, das da betet mit unbedecktem Haupt, die schändet ihr Haupt; denn es ist eben so viel, als wäre es geschoren. Will sie sich nicht bedecken, so schneide man ihr das Haar ab.“ Der Unterschied besteht also nur darin, dass manche „Christen“ ihre eigene Religion nicht mehr so ernst nehmen oder sie nicht mehr gut kennen.

Vatikan

I (3807) **Vatikanstadt**. Der Vatikan will die Mitarbeiter(innen) in katholischen Einrichtungen offenbar einer speziellen Gehirnwäsche in Glaubensfragen unterziehen. Der zuständige Kardinal Paul Josef Cordes, Präsident des Päpstlichen Rates „Cor Unum“, betonte zum Auftakt der Vollversammlung seiner Organisation, es genüge nicht, soziale Projekte nur zu starten und zu betreuen. Vielmehr sollten die Caritas-Einrichtungen der katholischen Kirche zuerst „den Geist ihres Personals schulen“. Die erste Enzyklika Papst Benedikts, „Deus Caritas est“, sei mit dem Ziel entstanden, die Frage des Glaubens der katholischen Caritas-Mitarbeiter neu zu stellen, so Cordes. (*Radio Vatikan*, 28.2.08)

I (3808) **London**. Der Vatikan ist vom britischen Militärverlag Jane's zum stabilsten und wohlhabendsten Staat der Welt gekürt worden. Der Stadtstaat sei zwar nicht mit den gleichen Schwierigkeiten und ökonomischen Herausforderungen konfrontiert wie andere Länder, habe aber im Ländervergleich, gefolgt von Schweden, Luxemburg und Monaco die meisten Punkte erzielt. Das Ranking bewertet neben den politischen Strukturen, sozialen und wirtschaftlichen Trends auch Militär- und Sicherheitsrisiken sowie Außenbeziehungen. (*Spiegel*, 25.03.08)

I (3809) **Rom**. Der Vatikan selbst hat eine jahrhundertelange Geschichtsfälschung eingestanden. Wörtlich schrieb Radio Vatikan: „Das römische Kolosseum – eine Stätte der Christenverfolgung und des Massenmartyriums? Über Jahrhunderte hinweg und bis in unsere Tage hinein hat sich diese Legende gehalten. Dabei ist nach heutigem Stand der Wissenschaft kein einziges christliches Martyrium im Kolosseum nachweisbar – auch wenn es nicht ausgeschlossen ist, dass tatsächlich Christen zu Tode kamen im Flavischen Amphitheater, wie das Kolosseum eigentlich heißt. Heute noch leiten die Päpste jedes Jahr am Karfreitag am Kolosseum eine Kreuzwegandacht. Wie konnte es dazu kommen, dass das Kolosseum in Rom wie kaum ein zweiter Ort gedanklich eng mit dem christlichen Martyrium verbunden ist?“ (*Radio Vatikan*, 27.3.08)

Nordamerika

Vereinigte Staaten

I (3810) **New York.** Die Mehrheit der US-Amerikaner wünscht sich einen Präsidenten, der sich auf die Bibel beruft. Das hat eine landesweite Umfrage im Auftrag der Amerikanischen Bibelgesellschaft in New York ergeben. Dabei gaben sechs von zehn US-Bürgern an, einen Präsidenten wählen zu wollen, der die Nation nach biblischen Vorbildern führt und die Bibel als Richtschnur für sein Handeln versteht. 78 Prozent der Befragten wünschten sich, dass der neue Präsident aus der Bibel zitiert, wenn er seine politischen Positionen begründet. (*idea*, 3.2.08)

Lateinamerika

Brasilien

I (3811) **Brasilia.** Die Bischöfe wollen ein liberaleres Abtreibungs-Gesetz verhindern. Dazu haben sie mit Beginn der Fastenzeit eine Kampagne gestartet. Mehrere Gesetzesvorschläge für eine Lockerung des Abtreibungs-Verbots werden in nächster Zeit dem Parlament in Brasilia zugehen. Nach derzeitigem Recht ist Abtreibung in Brasilien nur dann straffrei, wenn das Leben der Mutter in Gefahr ist oder wenn der Schwangerschaft eine Vergewaltigung vorausgegangen ist. Nach Schätzungen wird jedes Jahr in Brasilien über eine Million Kinder illegal abgetrieben. In einer Botschaft an Brasiliens Bischöfe bittet der Papst darum, „gegen alle Bedrohungen des Lebens zu kämpfen“. (*O Globo*, 8.2.08)

Mexiko

I (3812) **Mexico-City.** Die Sekte „Santa Muerte“ hat das Erzbistum Mexiko-Stadt wegen Diskriminierung angezeigt, weil sie öffentlich vor „kriminellen und satanischen Machenschaften“ der Organisation warnt. Ein Sprecher des Erzbistums meinte hingegen, der Kult der „Santa Muerte“ verehere Satan, den „Urheber des Todes“. Das sei eine theologische Frage und habe nichts mit Diskriminierung zu tun. Die Sekte war 2003 als Religionsgemeinschaft anerkannt worden. Allerdings entzog ihr der mexikanische Staat den Status 2005 wieder, als ein ehemaliges Mitglied erklärte, die Anhänger würden zur Anbetung des Todes gezwungen. Mehrere tausend Menschen sollen dem Kult anhängen, der vor allem in Mexiko-Stadt und Puebla verbreitet ist. Kapellen und Altäre des Kultes finden sich vor allem in den Armenvierteln der Hauptstadt. (KNA, 14.2.08)

Anm. *MIZ-Red.*: Nichtgläubige lehnen bekanntlich jede Offenbarungsreligion ab und halten auch jede für mehr oder minder schädlich, ja in vielen Fällen für gefährlich. Gleichwohl gilt auch das Prinzip der Glaubensfreiheit, solange die allgemeinen Menschenrechte nicht offensichtlich missachtet werden.

Unter diesem Gesichtspunkt ist die bloße Anbetung des Todes zwar aus säkularer Sicht völlig unsinnig, aber ebensowenig kriminell und auch nicht unsinniger als z.B. das Verzehren einer Oblate, die zuvor in einer Weihehandlung zum Fleisch eines Religionsstifters erklärt wurde. Problematisch wird es aber, wenn eine Groß-Sekte eine andere, kleinere nur deshalb abwertet, weil diese theologisch eine völlig andere Richtung einschlägt. Diese Kleinsekte ist eine eigenständige Religionsgemeinschaft, die nicht an den Normen einer größeren Konkurrentin zu messen ist. Nur dann, wenn

z.B. Gefahr für Leib und Leben, die psychische Gesundheit oder das Selbstbestimmungsrecht von Mitgliedern besteht, muss eingegriffen werden – aber vom Staat und nicht von einer anderen religiösen Gruppe, die sich als (höchst parteiische) Schiedsrichterin für alle weltanschaulichen und ethischen Fragen sieht.

I (3813) **Guadalajara**. Die Verwendung von Staatsgeldern für die Kirche im mexikanischen Bundesstaat Jalisco in Höhe von umgerechnet rund 5,3 Millionen Euro sorgt für Streit. Das Innenministerium will laut örtlichen Medienberichten prüfen, ob die staatliche Finanzspritze für den Bau der Märtyrer-Wallfahrtsstätte in der Erzdiözese Guadalajara rechtmäßig ist. Der zuständige Gouverneur Emilio Gonzales Marquez gerät nun unter Beschuss. Laut Berichten soll der Politiker seit seiner Amtsübernahme vor einem Jahr dem Erzbischof bereits mehrfach Gelder zukommen haben lassen. Dies widerspreche der in Mexiko geltenden Trennung von Kirche und Staat. Der Erzbischof von Guadalajara, Kardinal Juan Sandoval Iniguez, verteidigte die Zuwendungen: Die Gotteshäuser dienen dem öffentlichen Wohl. Es sei nichts Schlechtes daran, wenn die Regierung, die auch von Katholiken Steuern einziehe, einen Teil davon für den Bau von Kirchen zurückgebe. Dass Andersdenkende diese Kirchen aber auch mitfinanzieren, während der Staat z.B. die Freidenker überhaupt nicht unterstützt, verschwieg der Kirchenfürst. (KNA, 28.3.08)

Afrika

Ägypten

I (3814) **Kairo**. In Fragen der Geburtenregelungen sind Muslime offenbar noch lebensnäher und weltoffener als Katholiken. Die islamische Al-Azhar-Universität Kairo stellte jedenfalls in einem Rechtsgutachten fest, dass Frauen, die nach einer Vergewaltigung schwanger werden, das Kind abtreiben dürfen. Nach Angaben der Nachrichtenagentur afp soll die entsprechende Fatwa „helfen, die soziale Stabilität einzuhalten“. Die Frau solle sich, sobald sie von der Schwangerschaft erführe, an einen Arzt wenden. Nach Angaben einer Menschenrechts-Organisation werden im mehrheitlich islamischen Ägypten jede Stunde – statistisch gesehen – zwei Frauen vergewaltigt. Abtreibung ist in Ägypten verboten, außer wenn das Leben der Frau in Gefahr ist oder der Fötus Missbildungen aufweist. (Agence France Presse, 31.12.07)

Uganda

I (3815) **Kampala**. Unicef erhebt schwere Vorwürfe gegen religiöse Gruppen und Nichtregierungsorganisationen. Sie benutzen in Uganda Kinder dazu, an mehr Geldhilfen aus dem Ausland zu kommen. Das steht in einem Bericht des Kinderhilfswerkes der Vereinten Nationen. „Gewisse religiöse Gruppen“, so der Bericht wörtlich, brächten Kinder in die von ihnen geleiteten Heime, um Spendengelder aus Europa oder den USA anzulocken. Dabei würden häufig Kinder in Waisenhäuser gesteckt, die gar keine Waisen seien. Den gleichen Vorwurf erhebt Unicef gegen lokale NGOs. (Unicef-News New York, 29.12.07)